



Die Kostheimer CDU zeigt sich über die Berichterstattung in der „Allgemeinen Zeitung“ (AZ) vom 21.01.2017 irritiert.

Wie die AZ berichtete, sieht Hessen mobil nun doch vom Neubau einer Mainbrücke ab und ist nun doch der Auffassung, daß die bestehende Brücke auch für den Schwerlastverkehr nachhaltig saniert werden kann.

Der CDU Stadtverband Ginsheim-Gustavsburg und der CDU Stadtbezirksverband Kostheim haben das Thema kürzlich bei einem gemeinsamen Treffen erörtert.

Erste Priorität hat für beide CDU Verbände, den Schwerlastverkehr sowohl in Kostheim, als auch in Gustavsburg spürbar zu reduzieren. Dies sollte unabhängig von den weiteren Planungen erfolgen.

Es wird die gemeinsame Auffassung vertreten, daß eine weitere Brücke erforderlich ist. Diese könnte dann bei Überlastungen der Autobahn den Verkehr aufnehmen.

Aus Sicht der Kostheimer CDU ist die Sanierung der bestehenden Brücke zwar zu begrüßen, da die derzeitige Mainquerung für die Menschen auf beiden Seiten des Flußes wichtig ist, die Planungen von Hessen mobil müssen aber weitergehen.

Die Brücke ist als Teil einer Umleitungsstrecke dafür gedacht, im Falle einer Autobahnsperrung den Verkehr aufzunehmen. Auch eine sanierte Mainbrücke wird aber irgendwann in die Jahre kommen und den Schwerlastverkehr nicht mehr tragen können.

Für diesen Fall muß es aus CDU-Sicht Pläne für das weitere Vorgehen geben. Es käme beispielsweise eine Mainquerung zwischen der Autobahnbrücke und der Eisenbahn in Betracht.

Die hierfür erforderlichen Flächen müssen aber schon heute für diesen Zweck reserviert werden, damit eine Lösung des Verkehrsproblems in Zukunft nicht daran scheitert, daß benötigte Flächen nicht zur Verfügung stehen.

In Bezug auf die Planung der Verkehrsströme muß aber auch aus einem anderen Grund weitergedacht werden. Die kürzlich zugelassenen Gigaliner werden wohl kaum eine Freigabe für Fahrten durch Kostheim bekommen.

Es ist schlicht nicht möglich einen solchen Monstertruck durch die Kurve der östlichen Hauptstraße zu manövrieren. Auch aus diesem Grund bedarf es künftig einer Umleitungsstrecke, die auch solche Fahrzeuge aufnehmen kann.

(Michael Baron)